

**HESSISCHER LANDTAG**

26. 06. 2026

Kleine Anfrage**Maximilian Mürger (fraktionslos) vom 29.04.2026****PAAF-Studie zur Vernetzung von Linksextremisten und Islamisten in Hessen:
Bedrohungslage, Strafverfolgung und Wirksamkeit der angekündigten Maßnahmen****und****Antwort****Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz****Vorbemerkung Fragesteller:**

Das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz (PAAF) hat am 27. April 2026 die Studie „Auf der Straße gegen den gemeinsamen Feind“ vorgestellt. Die Studie belegt, dass linksextremistische Gruppierungen (unter anderem SDAJ, Migrantifa Rhein-Main, Young Struggle) und islamistische Akteure (unter anderem Realität Islam, Islamische Religionsgemeinschaft Hessen) im hessischen Protestgeschehen Oktober 2023 bis Februar 2024 über antisemitische Brückennarrative zusammenwirkten. Als greifbares Ergebnis dieser Vernetzung entstand im Dezember 2023 das sogenannte Kufiya-Netzwerk, dessen erste Demonstration am 6. Februar 2024 in Frankfurt am Main stattfand. Innenminister Poseck (CDU) bestätigte einen Anstieg antisemitisch motivierter Straftaten von 107 im Jahr 2022 auf 347 im Jahr 2025. Die Landesregierung hat im Anschluss eine Fachstelle Linksextremismus (600.000 Euro) sowie eine neue Polizeiermittlungseinheit angekündigt. Konkrete Angaben zu Trägerschaft, Personalausstattung und Erfolgskennzahlen dieser Maßnahmen wurden nach Kenntnis des Fragestellers bislang nicht vorgelegt. Angesichts einer mehr als verdreifachten Straftatenentwicklung und einer seit Ende 2023 dokumentierten dauerhaften Vernetzung extremistischer Akteure ergeben sich gravierende Fragen nach Wirksamkeit und zeitlichem Vorlauf der Maßnahmen.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz und für den Rechtsstaat wie folgt:

Frage 1 Wie haben sich die in Hessen registrierten antisemitisch motivierten Straftaten in den Jahren 2020 bis 2025 entwickelt? Bitte tabellarisch nach Kalenderjahr, Phänomenbereich (PMK-rechts, PMK-links, PMK-religiöse Ideologie, PMK-ausländische Ideologie, nichtzuordenbar) und Tatortklasse aufschlüsseln.

Die angefragten Fallzahlen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeschlüsselt.

Themenfeld: Hasskriminalität / antisemitisch	2020	2021	2022	2023	2024	2025
PMK -rechts-	127	101	92	248	213	298
PMK -links-	-	0	0	0	4	1
PMK -ausländische Ideologie-	-	4	7	44	101	61
PMK -religiöse Ideologie-	1	1	0	37	6	7
PMK -sonstige Zuordnung-	1	11	8	18	33	7

Frage 2 Wie viele Strafverfahren wurden seit dem 7. Oktober 2023 in Hessen gegen mutmaßliche Akteure der in der PAAF-Studie benannten Gruppierungen SDAJ, Migrantifa Rhein-Main, Young Struggle, Realität Islam und Islamische Religionsgemeinschaft Hessen eingeleitet? Bitte tabellarisch nach Gruppierung mit Anzahl Verfahren, Anklagen, rechtskräftigen Verurteilungen und Einstellungsgründen aufschlüsseln.

Statistische Auswertungen liegen nicht vor.

Frage 3 Welche vereinsrechtlichen Prüfungen führt die Landesregierung gegenüber den in Frage 2 benannten Gruppierungen durch? Die Antwort bitte für jede Gruppierung gesondert begründen.

Eine Äußerung zu vereinsrechtlichen Verbotsüberlegungen erfolgt seitens der Landesregierung grundsätzlich nicht, denn bei einem öffentlichen Bekanntwerden derartiger Überlegungen besteht die Gefahr, dass potentiell vom Vereinsverbot betroffene Personen ihr Verhalten entsprechend anpassen und dadurch die Wirksamkeit operativer behördlicher Maßnahmen beeinträchtigen oder gar vereiteln können.

Frage 4 Welche konkreten Aufgaben, welche Personalausstattung und welchen Träger sieht die Landesregierung für die neue Fachstelle Linksextremismus vor? Bitte ausschließlich auf den konkreten Fall eingehen und von allgemeinen Absichtsbekundungen absehen.

Zu den Aufgaben gehören Beratungsangebote für Betroffene von Linksextremismus, deren Angehörige sowie weitere Personen aus dem sozialen Umfeld. Darüber hinaus werden Präventions- und Informationsangebote für Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche, Beschäftigte von Behörden und Unternehmen vorgehalten. Die fallbezogene Beratung umfasst die Stabilisierung Betroffener, die Begleitung im Umgang mit Behörden sowie die Unterstützung bei der Entwicklung individueller Handlungs- und Schutzstrategien. Zudem informiert die Einrichtung über linksextremistische Ideologien, Strukturen und Erscheinungsformen, unterstützt die Einordnung entsprechender Entwicklungen und wirkt einer Verbreitung entsprechender Ideologien entgegen. Der Bereich des israelbezogenen Antisemitismus wird dabei einbezogen.

Frage 5 Aus welchen Gründen wurde eine eigenständige Fachstelle „Linksextremismus Hessen“ erst im April 2026 und damit mehr als zweieinhalb Jahre nach dem 7. Oktober 2023 eingerichtet?

Die Fachstelle „Linksextremismus Hessen“ konnte eingerichtet werden, nachdem im Jahr 2025 ein Träger gefunden wurde, der die Aufgabe übernimmt. Nach Abschluss des Auswahl- und Bewilligungsverfahrens nahm die Fachstelle ihre Arbeit im Januar 2026 auf. Die Einrichtung einer landesweiten Fachstelle Linksextremismus scheiterte zunächst daran, dass auf Förderaufträge im Juli 2019 und im Februar 2025 keine Interessenbekundungen eingingen. Erst auf einen erneuten Förderaufruf im August 2025 wurden Interessenbekundungen eingereicht.

Frage 6 Wie hat sich die personelle Ausstattung der für den Phänomenbereich Linksextremismus zuständigen Bereiche des Landesamtes für Verfassungsschutz in den Jahren 2018 bis 2026 entwickelt? Bitte den Stellenbestand jeweils zum 31. Dezember eines jeden Jahres darstellen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen verfügt laut Haushaltsplan 2026 über 386,5 Planstellen.

Angaben zur personellen Ausstattung einzelner Phänomenbereiche macht die Landesregierung nur in den dafür vorgesehenen parlamentarischen Gremien. Rückschlüsse auf die personelle Schwerpunktsetzung einzelner Arbeitsbereiche würden die Aufklärungs- und Analysefähigkeiten des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen offenlegen und berühren daher schutzwürdige Belange der operativen Aufgabenerfüllung.

Frage 7 Welche zusätzlichen Landesmittel sind seit dem 7. Oktober 2023 für den Schutz jüdischer Einrichtungen in Hessen aufgewendet worden? Bitte tabellarisch nach Haushaltsjahr, Verwendungszweck und Empfängereinrichtung aufschlüsseln.

Für bauliche Schutzmaßnahmen und Sicherungstechnik standen in den Jahren 2023 bis 2026 jeweils vier Millionen Euro zur Verfügung. Hiervon wurden 2023 rund 3,8 Millionen Euro, 2024 rund 1,4 Millionen Euro und 2025 rund 2,9 Millionen Euro abgerufen. Für das Jahr 2026 stehen ebenfalls vier Millionen Euro bereit. Für Wartungskosten und Fachpersonal zur Sicherung jüdischer Einrichtungen wurden 2023 1,3 Millionen Euro, 2024 3,0 Millionen Euro, 2025 3,9 Millionen Euro und 2026 4,4 Millionen Euro bereitgestellt.

Frage 8 Welche konkreten Kennzahlen wird die Landesregierung zur jährlichen Wirksamkeitsmessung der angekündigten Fachstelle, der neuen Polizeieinheit und der verstärkten Beobachtung durch den Verfassungsschutz anwenden? Die Antwort bitte für jede der drei Maßnahmen gesondert begründen.

Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird anhand einer Gesamtschau quantitativer und qualitativer Erkenntnisse bewertet.